

Nachhaltige Entwicklung: ein Morgenthau-Plan für Entwicklungsländer?

In der Debatte über die Ausrichtung der Entwicklungspolitik fehlt es nicht an akademischen und theoretischen Empfehlungen. Doch welche praktischen Konsequenzen hat das Primat der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes für die Menschen? Barbara Off sprach mit Klaus Lampe, einem erfahrenen Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit.

Barbara Off: Herr Lampe, Sie haben viele Jahre in der Entwicklungshilfe gearbeitet. Was hat sich in der Entwicklungspolitik verändert?

Klaus Lampe: Lange war die bilaterale Entwicklungshilfe durch den Kalten Krieg gekennzeichnet. Dies hat vor allem die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bis zur Wiedervereinigung stärker beeinflusst als die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedürfnisse in den jeweiligen Partnerländern. Früher hatten Hilfsprojekte einen eindeutigen fachlichen Schwerpunkt und die entsandten Fachkräfte den entsprechenden Erfahrungshintergrund.

Sie waren u. a. in den 60er-Jahren als Regierungsberater in Afghanistan tätig. Welche Projekte haben Sie damals betreut? Was halten Sie von dem aktuellen deutschen Engagement in Afghanistan?

Von 1963 bis 1965 war ich im afghanischen Planungsministerium tätig. Hier wurde ein integriertes ländliches

Entwicklungsprojekt für die Provinz Paktia vorbereitet, das ich bis 1968 leitete. Heute ist in den Teilen Afghanistans, in denen Krieg herrscht, eine solche Arbeit nicht möglich. Wo geschossen wird, kann sich kein Vertrauen entwickeln. Wer aber Entwicklung fördern will, braucht zuallererst das Vertrauen und die Sympathie der Menschen. Das Klima in Afghanistan ist durch Angst, Misstrauen, Neid und Hass und nicht zuletzt durch Korruption gestört. Fehlende Fachkompetenz, Erfahrung, Sachverstand, Überheblichkeit und Ungeduld von zu vielen Helfern verhindern oft eine echte Partnerschaft. Wir haben auch weitgehend verlernt, dass Menschen ohne formale Bildung über Qualitäten verfügen, die wir von ihnen erlernen könnten. Leider bleiben auch selbst gemachte und noch verfügbare Erfahrungen aus alten Kooperationszeiten ungenutzt. Unsere Wahrnehmung von Afghanistan ist verzerrt. Außerhalb der Hotels, der Clubs, der sogenannten „internationalen Community“ von Kabul, auf dem flachen Land, findet sich noch das Afghanistan der alten Zeiten: gastfreundlich, arbeits- und genügsam, stolz, traditionell und auf afghanische Weise demokratisch.

Sie haben auch für die GTZ gearbeitet. Wie schätzen Sie die Arbeit der GTZ heute ein? Kann man noch von der Gesellschaft für „technische Zusammenarbeit“ sprechen?

Die GTZ wurde 1974 durch die Fusion der Garantie-Abwicklungsstelle (GAWI) mit der Bundesstelle für Entwicklungshilfe (BFE), die ich in der Endphase zu leiten hatte, gegründet. Den Aufgaben und Zielen des Unternehmens ist dieser Name nie gerecht geworden. In der Anfangsphase standen fachliche Aufgaben, wie Land- und Forstwirtschaft, Armutsbekämpfung, berufliche Bildung, Gesundheitswesen und Wirtschaftsförderung etc. im Vordergrund. Die GTZ war dementsprechend fachlich strukturiert, sektoral organisiert und verfügte über eine große Zahl von erfahrenen, spezialisierten Fachkräften. Heute herrscht eine stark dezentrale und im Wesentlichen regional strukturierte Organisationsform vor, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Sie haben im Jahr 2000 in Novo geschrieben: „Wem die Schale Reis am Tag und das Holz zum Kochen fehlt, der ist für die Schlagworte Umweltschutz und Nachhaltigkeit nicht zu begeistern.“ Ist nachhaltige Entwicklungspolitik zum Scheitern verurteilt?

Zu dieser Aussage stehe ich auch heute noch. Armut und Hunger sind für die meisten von uns theoretische Begriffe ohne eigenen Erfahrungshintergrund. Bei unserem Gerede über Umweltschutz haben wir vergessen, dass zunächst der Mensch zu schützen ist. Erst wenn seine echten Bedürfnisse von heute und morgen befriedigt sind, hat seine Umwelt Chancen, von ihm geschützt zu werden. Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit und Bildung sind für die zwei Milliarden Armen dieser Welt verständlicherweise wichtiger als Wahlrecht, Rede- und Versammlungsfreiheit und was unser westliches Demokratieverständnis sonst noch zu bieten hat. Arbeitslose Analphabeten sehnen sich nämlich nach Arbeit, nach Einkommen, nach einem Leben in Würde und sicher nicht zuerst nach Pressefreiheit.

Was bedeutet für Sie „Nachhaltigkeit“?

Für mich ist Nachhaltigkeit gleichbedeutend mit Generationenverantwortlichkeit. Sie ist dann gegeben, wenn unser Tun auch gegenüber der Urenkelgeneration vertreten werden kann. Menschen, die seit Generationen am gleichen Ort und vom gleichen Land leben, brauchen keinen urbanen Nachhilfeunterricht in Nachhaltigkeit. Sie entsteht auch nicht durch gebetsmühlenartig vorgetragene, verbalprogressive Nachhaltigkeitstheorien, sondern durch konkrete Hilfen bei der Bewältigung neuer Herausforderungen. Sie sind vor allem durch die Bevölkerungsentwicklung geprägt. „Die Armut kommt von der Pauvreté, und vor der Moral kommt das Essen“, das wusste schon Bert Brecht.

Die Vertreter einer nachhaltigen Entwicklungspolitik sehen in der Subsistenzlandwirtschaft die Lösung. Was halten Sie davon?

Gar nichts! Subsistenzlandwirtschaft bedeutet, ganz oder überwiegend auf Selbstversorgung angewiesen zu sein und keinen Zugang zum Markt zu haben. Bis ins Mittelalter war dies weitgehend der Fall. Heute leben wir in einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Über 50 Prozent der Weltbevölkerung sind in Städten zu Hause oder leben als landlose Arme. Unsere gemeinsame Aufgabe muss es sein, genügend Nahrungsmittel für eine zukünftige Bevölkerung von zehn Milliarden Menschen zu produzieren.

Warum wurde Subsistenzlandwirtschaft im Sinne von nachhaltiger Entwicklung propagiert? Ist das auf die Befindlichkeit in unseren Gesellschaften und die Romantisierung einfacher, bäuerlicher Lebensweisen zurückzuführen?

Jeder, der als Subsistenzbauer arbeitet, tut dies aus Zwang und nicht freiwillig. Wer meint, Subsistenzlandwirtschaft sei ein Idealzustand, sollte versuchen, ein Jahr als Subsistenzbauer zu überleben. Wer einem Bauern in Afrika das Herauskommen aus der Subsistenzlandwirtschaft verweigert, verwehrt ihm Bildung und Hilfsmittel, die jedem

Bauer heute in Europa zur Verfügung stehen. Solche Visionen der Nachhaltigkeitsverfechter ähneln dem, was 1944 der damalige US-Finanzminister Henry M. Morgenthau für Nachkriegsdeutschland propagierte: die Schaffung eines reinen Agrarstaates.

Wie sollte Ihrer Meinung nach Entwicklungszusammenarbeit dann aussehen?

Zunächst muss zwischen Wirtschaftsförderung, Exportpolitik und Entwicklungszusammenarbeit unterschieden werden. Generationenverantwortlicher Fortschritt ist nur dort möglich, wo eine Regierung auf Rechtsstaatlichkeit und eine Politik gegründet ist, die sich ökonomischen, ökologischen und sozial verträglichen Prioritäten verschrieben hat. Dies ist auch außerhalb unserer westeuropäischen Demokratievorstellungen möglich. Der Kreis der Empfängerländer wird sich beim Anlegen solcher Kriterien stark reduzieren, die dadurch zusätzlich verfügbaren Mittel werden aber dann jenen zugute kommen, die Entwicklungszusammenarbeit ernst nehmen und nicht zweckentfremden. In zu vielen Ländern vor allem Afrikas beruht das Wirtschaftswachstum auf dem Export von Rohstoffen oder Plantagenprodukten. An der Armut in den Städten und auf dem Land hat das sehr wenig geändert. Die Entwicklungshilfe hat viele positive Beispiele für mögliche Veränderungen aufgezeigt. Sie sind aber nur ausnahmsweise in eine nationale Politik aufgenommen worden. Die Gründe liegen auf der Hand: falsche Rücksicht der Geber auf nationale Souveränität und fehlende Führungsverantwortung in den Partnerländern und natürlich die Eigeninteressen auf beiden Seiten. Ein Drittel der Weltbevölkerung gehört zu den Armen und ganz Armen; sie als „Human Capital“ zu verstehen, zu fördern und in den Wirtschaftsprozess einzubeziehen sollte zum gemeinsamen Oberziel einer Erfolg versprechenden Entwicklungspolitik gehören. Für die ärmeren Länder müsste es eine Politik geben, die auf einem Verhaltenskodex basiert, der einen sinnvollen Kapitaltransfer auch gegenüber den Steuerzahlern rechtfertigt. International abgestimmte, nationale Entwicklungsprogramme und eine Arbeitsteilung zwischen potenziellen Gebernationen widersprechen oft nationalen politischen und wirtschaftlichen Interessen und werden sich deshalb auch in Zukunft kaum realisieren lassen. Wenn es keine Übereinkunft zu gemeinsamem Handeln gibt, wird in den kommenden Jahrzehnten die Zusammenarbeit mit den ärmeren Ländern der Welt vom Kampf um Rohstoffe und Märkte bestimmt – ob wir das wollen oder nicht. ■

Vielen Dank für das Gespräch.

Dr. Klaus Lampe war von 1963 bis 1968 als Regierungsberater und Projektleiter in Afghanistan, anschließend bei verschiedenen Organisationen (u. a. bei der GTZ) sowie von 1988 bis 1995 als Generaldirektor des Internationalen Reiserforschungs-Instituts (IRRI) in Los Banos (Philippinen) tätig. In *Novo* 47 forderte er in seinem Artikel „Binsenwahrheiten für morgen aus dem letzten Jahrhundert“, die Welt dürfe sich dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft nicht verschließen. Die Fragen stellte Barbara Off.